Landtag
Nordrhein-Westfalen
16. Wahlperiode

Ausschussprotokoll
APr 16/865
18.03.2015

Haushalts- und Finanzausschuss (68.)
Innenausschuss (57.)
Unterausschuss „Personal“ des Haushalts- und Finanzausschusses (31.)

Gemeinsame Sitzung (öffentlich)

18. März 2015

Düsseldorf – Haus des Landtags

20:35 Uhr bis 21:45 Uhr

Vorsitz: Christian Möbius (CDU) (HFA)

Protokoll: Franz-Josef Eilting

Verhandlungspunkt und Ergebnis:

Vor Eintritt in die Tagesordnung **3**

Gesetz über die Feststellung eines Nachtrags zum Haushaltsplan des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2015 (Nachtragshaushaltsgesetz 2015) **4**

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/7990

Abschließende Beratung und Abstimmung (Beschlussempfehlung zur zweiten und dritten Lesung) gemäß Vereinbarung der Fraktionen

> Die Ausschüsse beraten den Nachtragshaushaltsentwurf abschließend.

Der **Innenausschuss empfiehlt** mit den Stimmen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der Piraten bei Enthaltung von CDU und FDP, dem **Gesetzentwurf Drucksache 16/7990 zuzustimmen.**

Der **Unterausschuss "Personal" des HFA empfiehlt** mit den Stimmen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimme der Piraten bei Enthaltung von CDU und FDP, dem **Gesetzentwurf Drucksache 16/7990 zuzustimmen.**

Der **Haushalts- und Finanzausschuss fasst** mit den Stimmen aller Fraktionen den auf Seite 24 des Protokolls wiedergegebenen **Bereinigungsbeschluss.**

In seiner Schlussabstimmung **empfiehlt** der **Haushalts- und Finanzausschuss** dem Landtag mit den Stimmen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der Piraten bei Enthaltung von CDU und FDP, den **Gesetzentwurf Drucksache 16/7990** in zweiter und dritter Lesung unverändert **anzunehmen.**

* * *

Haushalts- und Finanzausschuss (68.) 18.03.2015
Innenausschuss (57.) ei-jo
Unterausschuss „Personal“ des HFA (31.)
Gemeinsame Sitzung (öffentlich)

Aus der Diskussion

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Vorsitzender Christian Möbius begrüßt alle Teilnehmenden, insbesondere Herrn Innenminister Ralf Jäger und Staatssekretär Dr. Rüdiger Messal vom Finanzministerium, und teilt mit, dass sich der Finanzminister entschuldigt habe.

Als neuen Sprecher der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Haushalts- und Finanzausschuss heißt er den Kollegen Martin-Sebastian Abel besonders herzlich willkommen,

(Allgemeiner Beifall)

wünscht ihm viel Spaß im Haushalts- und Finanzausschuss und eine gute Zusammenarbeit.

Der Vorsitzende stellt weiter fest, die Festlegung des Ältestenrats für die Durchführung der zweiten und dritten Lesung zum Nachtragshaushalt 2015 habe diese außerplanmäßige Sitzung erforderlich gemacht. Sie finde mit Genehmigung der Präsidentin nach der heutigen Plenarsitzung statt.

Haushalts- und Finanzausschuss (68.) 18.03.2015
Innenausschuss (57.) ei-jo
Unterausschuss „Personal“ des HFA (31.)
Gemeinsame Sitzung (öffentlich)

Tagesordnung:

Gesetz über die Feststellung eines Nachtrags zum Haushaltsplan des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2015 (Nachtragshaushaltsgesetz 2015)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/7990

Abschließende Beratung und Abstimmung (Beschlussempfehlung zur zweiten und dritten Lesung) gemäß Vereinbarung der Fraktionen

(Wortprotokoll auf Wunsch der Piratenfraktion)

Vorsitzender Christian Möbius: Dieser Gesetzentwurf der Landesregierung wurde heute zur Federführung an den Haushalts- und Finanzausschuss sowie zur Mitberatung an den Innenausschuss und den Unterausschuss „Personal“ überwiesen. Beide Ausschüsse sind an der heutigen Sitzung beteiligt.

Die Fraktionen haben sich auf ein verkürztes Beratungsverfahren verständigt. Die Beratungen der beteiligten Ausschüsse werden in gemeinsamer Sitzung, die Abstimmungen aber getrennt voneinander erfolgen.

Der Vollständigkeit halber weise ich auf die Vorlage 16/2768 hin, die uns am 17. März 2015 zugegangen ist. Zusätzlich weise ich auf die vom Finanzministerium vorgelegten Hinweise zur Aufteilung der Verpflichtungsermächtigungen für die nächsten Haushaltsjahre hin. Diese Information wurde bereits per E-Mail an Sie weitergeleitet.

Gibt es zu den Unterlagen Nachfragen?

Daniel Sieveke (CDU): Herr Vorsitzender, als Mitglied des Haushalts- und Finanzausschusses habe ich schon die Frage, was denn kurzfristig mit den Haushaltsmitteln geschehen soll. Welche Maßnahmen stehen dahinter, dass diese jetzt kurzfristig zur Verfügung gestellt werden sollen?

Minister Ralf Jäger (MIK): Erst einmal bin ich den Fraktionen dankbar, dass sie sich auf ein so kurzfristiges Verfahren haben einigen können. Das ist angesichts der sicherheitspolitischen Lage, auf die wir reagieren wollen, auch erforderlich. Das als Vorbemerkung.

Wir sind dabei, innerhalb der Polizeiorganisation zurzeit 360 Stellen umzuschichten, um die veränderte Sicherheitslage aufzugreifen. Dabei geht es insbesondere darum,

dass wir in Nordrhein-Westfalen schätzungsweise 328 potentielle Gefährder haben, die bereit sind, im Bereich des Islamismus ihre Ziele möglicherweise mit Gewalt durchzusetzen.

Der Attentatshergang in Paris hat ja gezeigt, dass es sich um einen anderen Typ von Attentätern handelt – nämlich nicht gesteuert von einer großen Organisation, sondern selbst motiviert, um mit geringen Mitteln größtmögliche Aufmerksamkeit zu erzielen. Das hat zur Folge, Herr Sieveke, dass wir jetzt relativ kurzfristig im Bereich der Observationen, vor allem aber auch der Auswertung von Informationen diese Umschichtungen zwingend vornehmen müssen.

Das geht natürlich zulasten der übrigen polizeilichen Tätigkeiten. Die beantragten Haushaltsmittel benötigen wir insbesondere, um diese Lücken, die wir an anderen Stellen im Bereich der Polizeibehörden jetzt haben werden, dadurch aufzufüllen, dass wir über die bereits erteilten Einstellungsermächtigungen für das Haushaltsjahr 2015 hinaus noch einmal 120 zusätzliche Polizeianwärterinnen und -anwärter einstellen. Fortfolgend soll in den Jahren 2016 und 2017 dasselbe geschehen.

Wir benötigen auch entsprechende Sachmittel im Bereich des Verfassungsschutzes und im Bereich der Polizei, um dieser besonderen Aufgabenstellung jetzt nachkommen zu können. Zum anderen sind wir in Gesprächen mit den Personalvertretungen, dass wir vorübergehend akzeptieren, dass in den Behörden, in denen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für diese verdichtete Aufgabe abgegeben werden, insbesondere Mehrarbeitsaufwendungen auf Sicht vergütet werden können. Auch dafür benötigen wir entsprechende Haushaltsmittel.

Marc Lürbke (FDP): Herr Minister, wir haben ja heute Morgen darüber gesprochen. Ich denke, es wird deutlich: Mit den jährlich zusätzlich 120 Anwärterstellen wird der Personalabbau bei der Polizei in Nordrhein-Westfalen nicht gestoppt, sondern er wird abgemildert. Ich habe Sie schon mehrfach im Innenausschuss gebeten, die Personalentwicklung der Polizei perspektivisch darzustellen bis 2025. Außer Ankündigungen haben wir leider nichts vernommen. Jetzt weiß ich heute, da wir dies ja auch im Rahmen der Fragestunde des Plenums beantragt hatten, dass Sie die Zahlen dabei haben. Ich glaube, es wäre guter Brauch, den Abgeordneten, die hier eine Auskunftsbitte haben, diese Zahlen jetzt auch zur Verfügung zu stellen und zu erläutern. Das als Erstes.

Zweitens haben Sie gerade die Mehrarbeitsvergütungen angesprochen. Es muss Mehrarbeit geleistet werden, die auch entsprechend vergütet werden muss. Vielleicht können Sie einmal erläutern, wo sich das im Haushalt genau abbildet. Das ist offensichtlich nicht allzu transparent gestaltet, um es ganz vorsichtig zu formulieren.

Dritter und letzter Punkt an dieser Stelle: Über diese Mehrarbeitsvergütungen ist ja, wie Sie bereits gesagt haben, mit den Gewerkschaften bereits gesprochen worden. Es war zu lesen, dass 200 Beförderungsstellen im Raume stehen. Vielleicht können Sie den Zusammenhang und die Umstände auch einmal deutlich machen.

Minister Ralf Jäger (MIK): Ich will mit Letzterem beginnen. 200 Beförderungen könnten – ich sage es bewusst im Konjunktiv – im Zusammenhang mit der Ausweitung dieser Tätigkeiten entstehen, weil wir bestimmte Funktionsstellen bei der Polizei neu einrichten müssen. Als Beispiel würde ich gerne anführen, dass wir MEKs, also diejenigen, die für die Observation bei der Polizei zuständig sind, verstärken, und dann entsteht dort eine Funktionsstelle nach A11 bzw. A12 für den Dienstgruppenleiter. Wenn man jemanden innerhalb der Polizei nach A11 oder A12 befördert, werden Funktionsstellen an anderer Stelle frei. Im Beamtendeutsch nennt man das einen „Kaminzug“. Wenn man sozusagen oben eine Funktionsstelle zusätzlich schafft, zieht das eine ganze Reihe von Beförderungen nach sich, was in der Summe – je nachdem, welche Bewerberinnen und Bewerber sich auf diese Funktionsstellen bewerben – die von Ihnen genannte Zahl von Beförderungen nach sich ziehen könnte. Es ist letztlich abhängig davon, wer sich auf solche Funktionsstellen bewirbt.

Was die Frage der zukünftigen Personalstärke innerhalb der Polizei angeht, will ich drei Dinge ausführen. Zum einen bauen wir zurzeit überhaupt nicht ab. Im Gegenteil, bis zum Jahre 2017 werden wir 600 zusätzliche Stellen innerhalb der Polizeiorganisation zur Verfügung haben.

Gleichwohl gibt es wie in der gesamten Gesellschaft auch innerhalb der Polizei eine gewisse demografische Entwicklung. Diese demografische Entwicklung zu beziffern, ist auch ein Auftrag an die von mir eingerichtete vierköpfige Expertenkommission, die bis Mai einen Bericht vorlegen soll, weil wir aufgrund der veränderten Altersstruktur bei der Polizei sehr genau berechnen lassen müssen, auch mit externem wissenschaftlichem Sachverstand, wie hoch beispielsweise die vorzeitige Pensionierungsrate in der Zukunft sein wird, wie hoch die Inanspruchnahme von Mutterschaft und Elternzeit sein wird, wobei der Anteil der weiblichen Polizeikräfte zurzeit auf 40 % steigt, insbesondere bei den Anwärtern. Wir werden prognostizieren müssen, wie hoch möglicherweise die Quote der Kommissaranwärterinnen und -anwärter ist, die die Prüfung nicht schaffen. Das heißt, es gibt verschiedene Komponenten, die sich darauf auswirken, wie umfangreich die Personalstärke in der Zukunft ist.

Ich glaube, dass diese Legislaturperiode, aber auch die Zeit bis 2020, noch relativ unkritisch ist. Die kritische Phase beginnt eigentlich erst nach 2020. Da werden wir Probleme haben, die auf Fehlern der Vergangenheit beruhen.

(Marc Lürbke [FDP]: 39 Jahre!)

– Herr Lürbke, Sie haben das angesprochen; dann muss ich das auch erläutern. Wenn man eine Polizei mit ihrer spezifischen Qualifikation betrachtet, muss man wissen, dass für Polizeibeamte kein Arbeitsmarkt existiert. Man kann nicht von irgendwoher Polizeibeamte, die fertig ausgebildet sind, hinzuziehen, sondern man muss sie selbst ausbilden. Eine Polizei hat, wie ein normales Unternehmen auch, eine beschränkte Ausbildungskapazität. Wir erhöhen die Einstellungsermächtigungen für die Kommissaranwärterinnen und -anwärter in diesem Jahr auf 1.642. Bei der modulhaften Ausbildung innerhalb der Polizei bedeutet das, dass sowohl die Fachhochschule für öffentliche Verwaltung wie auch das Trainingszentrum Selm-Bork wie

auch die Belastung der Behörden durch die Zurverfügungstellung von Tutoren im Rahmen der Ausbildung bis an ihre absolute Kapazitätsgrenzen ausgeschöpft sind.

Das heißt: Wenn man in der Vergangenheit zu wenig ausgebildet hat, kann man das aufgrund einer bestimmten Kapazitätsgrenze, was die Ausbildung angeht, nicht ohne Weiteres wieder aufholen. Dieses nicht vollständige Aufholen wird uns nach 2020 erreichen. Herr Lürbke, wir haben die Zahlen dazu auch schon einmal ausgetauscht. Die Lücke, die da in der Vergangenheit, in fünf Jahren, entstanden ist, umfasst etwa 2.700 Planstellen. Wenn die alte Landesregierung die gleiche Motivation an den Tag gelegt hätte wie diese, was Ausbildung angeht, hätten wir etwa 2.700 Polizeibeamte mehr zur Verfügung und könnten damit die auf uns zulaufende demografische Entwicklung besser abfedern.

Die Neuberechnung, was die Personalstärke bis 2025 angeht, ist ein Auftrag an die Expertenkommission. Deren Bericht erwarte ich im Mai. Das wird ausgewertet und dann auch entsprechend dem Parlament zugeleitet.

Frank Herrmann (PIRATEN): Auf die erste Frage vom Herrn Kollegen Sieveke, haben Sie, Herr Minister, von einer neuen Tätergruppe gesprochen, die mit weniger Aufwand agiert. Ich übersetze das mal mit dem Begriff „Einzeltäter“. Sie haben gesagt, durch die Auswertung von Informationen möchten Sie diese Täter finden. Ich meine, das ist bisher allerdings wenig oder gar nicht gelungen, ob man jetzt Boston, Sydney oder andere Vorfälle als Beispiele nimmt. Welche Informationen konkret wollen Sie da auswerten? Wie wollen Sie die auswerten?

Ich habe im Haushaltsgesetz den Punkt „strukturelle Neuausrichtung der Sicherheitsbehörden“ gefunden, und zwar mit durchaus erheblichen Verpflichtungsermächtigungen für die nächsten Jahre, nämlich 20 Millionen €. Was hat es damit auf sich? Und könnten Sie den Punkt „Auswertung der Informationen zu Einzeltätern“ bitte noch etwas ausführen?

Minister Ralf Jäger (MIK): Es gibt keine neue Tätergruppe, sondern es gibt die uns bereits bekannten Gefährder. Ich habe es bereits kurz dargestellt, kann es aber gerne ausführlicher machen. Es geht um diejenigen, von denen wir wissen oder Kenntnis haben, dass sie bereit sind, im Bereich des extremistischen Islamismus ihre Ziele möglicherweise auch mit Gewalt durchzusetzen. Wir haben in Deutschland elf Anschlagsversuche gehabt, die einen salafistischen Hintergrund hatten. Ein Anschlag ist gelungen, und zwar am Airport in Frankfurt, mit zwei toten GIs. Zehn Anschläge konnten vereitelt werden oder wir hatten Glück, weil beispielsweise bei der Kofferbombe in Bonn der Zünder nicht funktionierte.

Die bisherige Bedrohungslage oder das bisherige Anschlagsrisiko konzentrierte sich mehr auf komplexe Zellen. Insbesondere die Anschläge mit Sprengstoff haben die Sauerland-Gruppe bzw. die Düsseldorfer Zelle geplant. Eine solche Gruppe braucht Logistik, braucht Know-how und braucht Finanzen, und damit entsteht eine Kommunikation. Diese Kommunikation führt zu einem gewissen Entdeckungsrisiko. Darauf

haben sich in der Vergangenheit alle Sicherheitsbehörden, nicht nur in Nordrhein-Westfalen, sondern auch in anderen Bundesländern, und ebenfalls das BfV und das BKA, primär konzentriert.

In Kopenhagen, aber insbesondere in Paris ist der Anschlagshergang ein völlig anderer: Einzeltäter, die nicht Bestandteil einer komplexen Zelle waren, die mit minimalstem Aufwand, nämlich mit Feuerwaffen, und dadurch, dass sie sich eine bestimmte Opfergruppe herausgesucht haben, in dem Falle Journalisten, ein Fanal gründen wollten mit größtmöglicher medialer Aufmerksamkeit. Eine zusätzliche Qualität stellt noch dar, dass sie nicht zwingend den Märtyrertod in Kauf genommen haben, sondern Fluchtfahrzeuge zur Verfügung hatten, sich maskiert hatten, um sich möglicherweise erstens lebend und zweitens unerkannt aus dem Anschlag zurückziehen zu können, um Europa zu verlassen oder weitere Anschläge zu verüben. Wenn man einmal den Anschlagshergang in Paris als Blaupause über diejenigen legt, die wir potentiell als Gefährder betrachten, dann heißt das, dass man bei bestimmten Leuten sehr viel genauer hinsehen muss, die potentiell in der Lage wären, einen solchen Anschlag durchzuführen. Also: nicht mehr komplexe Zellen, sondern möglicherweise Einzeltäter. Das führt dazu, dass wir bestimmte Gefährder sehr viel mehr observieren müssen. Die Observation einer Einzelperson bindet mindestens zwei Dutzend Beamtinnen und Beamte. Das ist das eine.

Das Zweite ist, dass nach solchen Anschlägen wie in Paris die Gefahr von Nachahmertätern und die Gefahr von zusätzlicher Motivation in der radikalisierten Szene zunimmt und dass damit auch Hinweise und Informationen anderer Dienste einhergehen. Sicherheitsbeamtinnen und -beamte bezeichnen das als „Grundrauschen“. Dass es in einer Szene eine bestimmte Kommunikation gibt mit einer bestimmten Anzahl von Hinweisen, hat sich seit Paris deutlich erhöht.

Das heißt: Man muss zwei Dinge tun. Man muss einerseits Hinweise besser und zielgenauer auswerten. Dafür brauchen wir Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Andererseits muss man bestimmte Gefährder deutlich mehr in Augenschein nehmen. „Besser auswerten“ heißt, dass wir sowohl den polizeilichen Staatsschutz in den Polizeibehörden dort, wo wir besonders aktive salafistische Szenen haben, personell verstärken als auch beim LKA in Düsseldorf, insbesondere was die Koordinierung der Auswertung angeht, zusätzliche Kapazitäten brauchen. Außerdem brauchen wir zusätzliche MEKs, die in der Observation tätig sind. Die brauchen eine andere Ausrüstung, eine andere technische Ausstattung. Das ist auch eine Erklärung für die zusätzlichen Sachmittel. Aber vor allem brauchen wir insgesamt deutlich mehr Personal in diesem Bereich, um der zusätzlichen Gefährdung, dem zusätzlichen Risiko zu begegnen.

Das gelingt in einer Organisation, wo man nicht von außen zusätzliches Personal ziehen kann – man braucht ja ausgebildete Polizeivollzugsbeamte –, nur dadurch, dass man einerseits die Einstellungsermächtigungen erhöht, um mittelfristig zusätzliches Personal zur Verfügung zu haben, während es andererseits kurzfristig nur geht, indem man Personal umschichtet. Dieser Prozess des Umschichtens hat begonnen.

Wir haben mit den Stellenausschreibungen angefangen. Wir haben MEKs sehr schnell aufgerüstet bzw. umorganisiert zum LKA.

Je nachdem, welcher Mitarbeiter aus welcher Behörde sich für diese aufgestockten Planstellen bewirbt, führt das zu Lücken, die aber ganz individuell betrachtet werden müssen. Weil das eine Tätigkeit ist, insbesondere die Observation, die ein hohes Maß an Flexibilität voraussetzt – Wochenendarbeit, Nachtschichten, kurzfristige Verfügbarkeit –, bewerben sich auf diese Stellen eher Lebensjüngere als diejenigen, die sich nach Abschluss der Familiengründungsphase irgendwo als Polizeibeamte niedergelassen haben. Das heißt, häufig werden es Bewerberinnen und Bewerber aus dem Wach- und Wechseldienst sein. Und das heißt, in diesen Behörden wird der Wach- und Wechseldienst zu unterstützen sein. Das gelingt mittelfristig mit zusätzlichem Personal. Weil wir zurzeit mehr ausbilden und mehr einstellen, wachsen schneller Polizeivollzugsbeamte nach, sodass man dann mit Köpfen diese Funktionsstellen besetzen kann. Aber es wird auch Behörden geben, in denen man sehr individuell gucken muss, ob die Lücken zu füllen sind, und wenn das nicht vollständig möglich ist, muss das mit Mehrarbeit geschehen.

Ich habe einen Erlass dazu gefertigt, aus dem hervorgeht, dass den Polizeibehörden in diesen Fällen, in denen für dieses Sicherheitspaket zusätzliche Mehrarbeit erforderlich ist, die Möglichkeit der Einrede der Verjährung – dass man als Dienstherr irgendwann sagt, die Überstunden verfallen – für fünf Jahre verwehrt ist; dieser Zeitraum wurde verlängert. Das heißt, wir haben einen mittelfristigen Betrachtungszeitraum, was Personalkosten und auch Sachmittel angeht.

Ralf Witzel (FDP): Herr Innenminister Jäger, zunächst zu Ihren Hinweisen zu den Einstellungszahlen! Ich glaube, Sie haben das etwas unvollständig abgebildet. Sie haben zu Recht darauf hingewiesen, dass wir aktuell die höchsten Einstellungszahlen der letzten 20 Jahre für Kommissaranwärter haben. Richtig ist aber auch, dass die rot-grüne Landesregierung 2003 beim Beschluss des Doppelhaushalts für die Jahre 2004/2005 knapp 1.500 kw-Stellen ausgebracht und die Anzahl der Kommissaranwärterstellen auf 500 abgesenkt hat. Das wurde dann nach Ihrer Planung bis weit in die 14. Legislaturperiode fortgeschrieben, und dann ist von der schwarz-gelben Mehrheit früher, als von Ihrer Seite aus geplant, die Zahl wieder auf 1.100 hochgesetzt worden. Das ist das vollständige Bild der Veränderungen; Letzteres geschah 2008.

(Thomas Stotko [SPD]: 2005 versprochen, 2008 eingehalten!)

– Sie haben mit rot-grüner Mehrheit 1.500 kw-Stellen eingebracht und die Zahl der Anwärterstellen abgesenkt auf 500. Das ist auf mehr als das Doppelte gesteigert worden, mit zeitlicher Verzögerung. Nichts anderes habe ich gesagt.

Zu den Fragen, die sich zum aktuellen Haushalt stellen! Wir haben ja im Vorfeld bereits deutlich gemacht – das hat die Landesregierung ja heute auch ausdrücklich gelobt –, dass es ein mitwirkendes Verhalten der Opposition der Sache wegen gibt.

Das entbindet uns natürlich nicht davon, noch ein paar Fragen zum Haushalt zu stellen. Da können Sie, Herr Dr. Messal, sicherlich weiterhelfen.

Zum einen ist bei uns in der Fraktion die Frage aufgetaucht: Ist das alles überhaupt haushalterisch seriös abgebildet? Insbesondere Spekulationen mit stärkeren Einnahmen aus Bußgeldtiteln sind natürlich nicht das, was einem ein gutes Gefühl vermittelt, dass bei Haushaltsaufstellung, Vollzug und weiterer Handhabung unbedingt das passiert, was man sich politisch wünscht. Weil Sie ja auf eine Mehrheit hoffen durften, ist die Frage: Warum wird das benötigte Volumen nicht im Haushalt direkt anders deklariert?

Zweitens haben wir für uns – da können Sie uns sicherlich auch weiterhelfen – das, was Minister Jäger im Bereich von Mehrarbeitsvergütungen und Flexibilität in der Übergangsphase, während die Kommissaranwärterausbildung läuft, angekündigt hat, haushalterisch nicht abgebildet gefunden, was etwa die Erstattung der Mehrarbeitsvergütungen angeht. Wie ist das geregelt? Das ist ein Thema, das sich ja ab dem Jahr 2015 selbstverständlich stellen muss.

Vorsitzender Christian Möbius: Danke schön, Herr Kollege Witzel. – Ich glaube, aus der Vorlage geht hervor, dass die Deckung auch über globale Minderausgaben erfolgt.

Daniel Sieveke (CDU): Im Anschluss an das, was Herr Witzel mit seiner ersten Anmerkung zum Ausdruck gebracht hat, möchte ich auch anmerken, weil hier eben so ein Getöse war: Ich denke, wir sind doch jetzt hier, um über eine Sonderposition zu sprechen. Da bringt es meines Erachtens nichts, sich Zahlen aus der Vergangenheit um die Ohren zu hauen. Ganz ehrlich: Wenn Sie 39 Jahre dieses Land regiert haben und jedes Mal, wenn etwas im Land nicht funktioniert, das auf fünf Jahre herunterbrechen, dann glaubt Ihnen das draußen keiner mehr!

(Beifall von der CDU)

Es glaubt Ihnen auch keiner mehr, wenn Sie plötzlich sagen, das sei in der Zeit passiert, nachdem wir schon seit zwei, drei Haushalten darüber diskutieren, dass wir zu wenig Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte haben, und jetzt plötzlich ein Nachtragshaushalt kreiert werden muss, weil auf einmal eine Sondersituation da ist und wir die notwendigen Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten nicht haben.

(Marc Herter [SPD]: Sie wollen doch nicht sagen, dass Sie sich der Situation gestellt haben!)

Wenn wir diese Diskussion so führen – ich kann mir nicht vorstellen, dass diese Situation da implementiert war bzw. berücksichtigt werden sollte.

(Marc Herter [SPD]: Was?)

– Bleiben Sie doch mal ruhig! Sie können sich doch gleich zu Wort melden. Entweder sprechen wir jetzt über …

(Stefan Zimkeit [SPD]: Machen Sie doch einfach weiter!)

– Wenn Sie als haushaltspolitischer Sprecher der SPD-Fraktion nicht mal eine Frage dazu haben und das durchwinken wollen, Herr Zimkeit, dann ist das Ihre Sache. Aber wir haben hier zwei Sachen zu behandeln,

(Zuruf von der SPD: Stellen Sie doch mal eine Frage!)

zum einen die finanzpolitische und zum anderen die inhaltliche Seite. Bezüglich der inhaltlichen Seite waren wir mit Ihnen, Herr Minister, im Innenausschuss sehr schnell deckungsgleich, dass das eine Situation ist, in der die innere Sicherheit natürlich zu berücksichtigen ist. Aber wenn man dann die Erklärungen auf der haushaltstechnischen Seite sieht und hier dann die Argumente in der Form ausgetauscht werden, dass von 2005 bis 2010 zu wenig Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte eingestellt worden seien, dann geht das in die ganz falsche Richtung. Wir sollten darüber sprechen, was die Sondersituation ist und ob sie jetzt überhaupt greift; denn mit der Terrorbekämpfung hat das jetzt erst einmal nichts zu tun.

(Zuruf von der SPD: Doch!)

– Nein. Die Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten, die wir damit einstellen wollen, haben wir ja morgen nicht. In 2015 bringt uns das für die innere Sicherheit also gar nichts, sondern nur mittelfristig bis langfristig. Aber da muss ich sagen …

(Zurufe von der SPD)

Vorsitzender Christian Möbius: Entschuldigung, Herr Kollege Sieveke, lassen Sie mich kurz dazwischengehen. Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir haben 21 Uhr. Ich weiß, wir haben alle einen langen Plenartag hinter uns. Aber trotzdem sollten wir jetzt die Ruhe finden, den Kollegen, die jetzt zu Wort kommen, zuzuhören, damit die Landesregierung dann dazu Stellung nehmen kann. Vielen Dank.

Daniel Sieveke (CDU): Wenn Sie als Begründung jedes Mal die Zeit von 2005 bis 2010 in Rechnung stellen dafür, dass es zu wenig Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte gibt, dann müssen Sie die Zahlen, die Herr Witzel eben vorgetragen hat, auch gegen sich gelten lassen. Das hilft uns in dieser Situation aber doch gar nicht weiter. Wir sind doch jetzt schon lange im Innenausschuss, aber vielleicht auch im Haushalts- und Finanzausschuss so weit, zu sagen: Wir brauchen mehr Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte. Lassen Sie uns darüber sprechen und nicht jedes Mal die Mär herausholen mit „2005 bis 2010 …“, sodass wir dann mit den Fakten kommen müssen, wie es in der Zeit vor 2005 war. Damit kommen wir doch nicht weiter.

Wir brauchen mehr Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte. Wenn wir über den Punkt sprechen, dann können wir uns auch inhaltlich weiter auf den Weg machen, wie das geschieht. Dabei gibt es dann die inhaltliche und die haushaltspolitische Seite.

Frank Herrmann (PIRATEN): Ich habe noch eine Nachfrage zu den Ausführungen zu den potentiellen Gefährdern, zu der Tätergruppe der Einzeltäter wie in Paris. Ich denke, dass man vermuten kann, dass die Einzeltäter sehr schwer zu erkennen sind. In Frankreich waren es mehrere Tausend. Die Täter von Paris waren ja überwacht worden, sie waren bekannt, und in der Gefahrenklasse – so nenne ich das jetzt mal – waren mehrere Tausend. Wenn man das als Maßstab nimmt: Um die mit den neuen Strukturen überwachen zu wollen, reicht das jetzt eingesetzte Personal ja gar nicht. Welche Strukturen haben Sie da noch vor? Was kommt da noch? Und wo soll diese Spirale enden?

Eine konkrete Nachfrage habe ich dann zu Titelgruppe 60 des Kapitals 03 010. Da sind zwei Positionen: „Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben“ mit einer Steigerung von 320.600 € und „Investitionen (Inland)“ mit einer Steigerung um 509.500 €. Letzteres ist eine Erhöhung des Ansatzes um über 50 %. Begründet wird das mit „Annexkosten zur Stärkung der Tätigkeiten im Verfassungsschutz“. Die Funktionskennziffer betrifft an anderer Stelle Geräte. Mich würde interessieren, was das für eine Position ist; der Ansatz ist ja höher als die Bezüge, die für die 25 zusätzlichen Stellen für den Verfassungsschutz vorgesehen sind.

Vorsitzender Christian Möbius: Herr Kollege Herrmann, zu Ihrer letzten Frage darf ich Sie darauf hinweisen, dass dies der Geheimhaltung des Parlamentarischen Kontrollgremiums unterliegt, weil es sich um den Bereich des Verfassungsschutzes handelt. Das heißt, das wird auch in dem Gremium verhandelt. Die Landesregierung ist nicht befugt, dazu hier in öffentlicher Sitzung etwas zu sagen.

Dietmar Schulz (PIRATEN): Zunächst einmal: Der Kollege Sieveke hat mit dem, was er sagt, vollkommen recht. Ich nehme einmal die Gegenüberstellung der jeweiligen Regierungszeiten aus; da möchten wir uns eines Kommentars enthalten. Ich meine die Problematik, die Sie angesprochen haben, dass in Wahrheit hiermit zunächst gar nicht für mehr Sicherheit gesorgt wird, vor allem nicht aufgrund einer akuten Sicherheitslage, wie sie sich ergeben hat. Der Finanzminister hat ja heute Morgen auch gesagt, es sei gar keine neue Sicherheitslage. Zuerst hat er gesagt, es gäbe eine neue Sicherheitslage aufgrund der Anschläge, und im nächsten Satz sagte er: Es gebe eine Sicherheitslage, die gar nicht neu sei, und aufgrund dieser müsse jetzt gehandelt werden. – Das passt natürlich irgendwo nicht ganz zusammen; das ist ein Widerspruch in sich.

(Widerspruch von Stefan Zimkeit [SPD])

– Das können Sie ja, Herr Kollege Zimkeit, im Protokoll entsprechend nachlesen.

(Zurufe von der SPD)

Vorsitzender Christian Möbius: Der Kollege Schulz hat das Wort.

Dietmar Schulz (PIRATEN): Ich finde das wunderbar. Das ist dieses Regierungsfraktionen-Bashing, so wie das hier ankommt. Das ist großartig. Das kann ich gut aushalten.

Fakt ist jedenfalls: Es entsteht ein Vakuum, weil eben die Spezialisten und Einsatzkräfte, die jetzt benötigt werden, an anderen Stellen abgezogen werden. Dazu hatten wir im Unterausschuss „Personal“ einen Vertreter Ihres Hauses gebeten – Herr Lohn hat dazu auch ganz dezidiert nachgefragt –, eine Aufstellung zu übermitteln, von welchen Dienststellen, laut Plan oder bereits geschehen, diese Spezialkräfte abgezogen worden sind oder werden. Nun haben wir hier eine Vorlage mit Datum vom 13. März bekommen. Da ist auf Seite 4 – eins, zwei, drei, vier …

(Lachen von der SPD)

– Gut, darüber kann man lachen, aber wenn die Seitenzahl unten steht, ist das möglicherweise ein Hinweis darauf, dass das die Folgeseite ist.

(Heiterkeit – Robert Stein [CDU]: Das musst du mal erklären!)

– Ja, das ist lustig. Ich finde das auch. Ich weiß nicht, was Sie studiert haben, aber bei mir war das jedenfalls so.

(Zurufe)

Vorsitzender Christian Möbius: Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte jetzt wirklich einmal bitten: Wir beraten hier den Nachtragshaushalt und sind nicht in einer Klamaukveranstaltung.

(Beifall)

Wir haben einen langen Plenartag hinter uns. Jetzt ist es zehn nach neun. Borussia Dortmund liegt eins zu null hinten. – Insofern machen wir jetzt einfach ganz normal weiter. Alle halten sich ein bisschen zurück, und die Landesregierung wird die Fragen beantworten.

Dietmar Schulz (PIRATEN): Danke, Herr Vorsitzender. – Der Kollege Kämmerling hat vorhin ausdrücklich darum gebeten, dass ich nicht so lange rede. Das Verfahren wird jetzt hier in die Länge gezogen, aber sicherlich nicht durch die Oppositionsfraktionen. Das möchte ich ganz klar feststellen. – Wir können das Verfahren aber auch insgesamt noch viel mehr in die Länge ziehen; das sage ich ganz klar. Denn wenn hier nicht alle Fragen beantwortet werden, dann wird das Verfahren länger dauern, und dann sind wir am Freitag nicht fertig. Damit das ganz klar ist!

(Lachen von der SPD – Zuruf von der SPD: Drohen Sie jetzt, oder was machen Sie gerade?)

– Wie? Was heißt denn hier, ich drohe?

Vorsitzender Christian Möbius: Kein Dialog bitte!

Dietmar Schulz (PIRATEN): Zurück zu den Dienststellen, wo die Spezialkräfte abgezogen werden. In dieser Vorlage vom 13. März ist auf Seite 4 ausgeführt, in welche Gruppen, in welche Einheiten, Einsatzkommandos etc. Kräfte entsandt oder verlagert werden; nennen wir es einmal so. Die Vorlage, die wir im Unterausschuss „Personal“ erbeten hatten, war uns zur Einbringung dieses Nachtragshaushalts zugesagt. Sie liegt nicht vor. Oder, Herr Lohn, liegt sie vor? – Nein. Das finden wir schon außerordentlich bemerkenswert, vor allen Dingen vor dem Hintergrund der Ausführungen des Kollegen Sieveke. Wir müssen nämlich nicht nur als Innenpolitiker, sondern auch als Haushälter wissen, wo denn dieses Vakuum – diese Personaldefizite – nun tatsächlich entsteht, um gegebenenfalls auch den Kommunen zu sagen, wo denn beispielsweise auf kommunaler Ebene Sicherheitsdefizite entstehen, weil dort jetzt 360 Spezialpolizisten fehlen. Sie fehlen. Darüber gibt es keine Angabe.

Einen weiteren Punkt möchte ich anführen – der Kollege Herrmann hatte das vorhin schon angesprochen; die Frage war aber nicht beantwortet worden –: Im Titel 518 04 des Kapitals 03 110 steht etwas mit der Begründung „Erhöhter Mietbedarf für die strukturelle Neuausrichtung der Sicherheitsbehörden.“ – Diese strukturelle Ausrichtung der Sicherheitsbehörden ist wohl das, was in der Vorlage vom 13. März ausgeführt ist. Da geht es um „Mieten und Pachten an den Bau- und Liegenschaftsbetrieb“ mit einer Erhöhung der Verpflichtungsermächtigung um 16,02 Millionen €. Vielleicht können Sie dazu noch die eine oder andere Ausführung machen, was es damit auf sich hat.

Thomas Stotko (SPD): Herr Kollege Schulz, nehmen Sie es mir nicht übel, aber Sie müssen vielleicht einmal für die Kollegen Herrmann und Schatz ein bisschen Nachhilfeunterricht beantragen zum Thema: „Was macht die Polizei?“ – Ich helfe Ihnen kurz. 360 Stellen sind weniger als 1 % unserer Beschäftigten in der Polizei. Wenn Sie jetzt sagen, den Kommunen müsste erklärt werden, wo Sicherheitsrisiken bestehen, weil keine Polizeibeamten mehr da sind, dann reden wir bei einer kleinen Landratsbehörde mit 300 Kräften von drei Polizeibeamtinnen und -beamten, die dann vielleicht dort weggehen.

(Dietmar Schulz [PIRATEN]: Spezialkräfte!)

– Ich habe Sie ausreden lassen. Dann gönne ich mir dasselbe auch. – Dann reden wir darüber: Wenn drei Beschäftigte krank sind, haben wir dieselbe Sicherheitslage. Mir ist jetzt neu, dass wir in Nordrhein-Westfalen vor Ort Schwierigkeiten bekommen, weil drei Kolleginnen und Kollegen der Polizei erkrankt sind.

Zu Ihrem Hinweis auf Spezialpolizisten! Wenn Sie zugehört hätten bei der Darstellung gerade und die Berichte, die Sie im Unterausschuss „Personal“ erbeten haben, gelesen hätten, wüssten Sie, dass gar nicht 360 Spezialpolizistinnen und -polizisten gehen, sondern dass sich, wie gerade dargestellt, insbesondere Kolleginnen und Kollegen aus dem Wach- und Wechseldienst und auch welche aus anderen Bereichen bewerben. Es werden sich auch Spezialpolizisten bewerben, aber nicht 360.

Zu Ihrer Nachfrage, warum das alles nicht in einem Bericht steht – wenn Sie lesen würden, wüssten Sie es –: weil gerade erst ausgeschrieben wird. Wie soll denn bitte jemand auf eine Frage antworten, wenn sich das aus den Ausschreibungen noch gar nicht ergibt? Deshalb gehe ich gar nicht weiter auf Ihren Wortbeitrag ein, auch nicht auf Ihren Beitrag heute im Plenum zu dem Thema „Warum ist das mit uns nicht vereinbart worden?“, der nachvollziehbar nicht richtig gewesen ist.

Warum ich mich eigentlich gemeldet habe, war Ihr Wortbeitrag, Her Kollege Sieveke, und ein bisschen der von Herrn Witzel. Sie, die beiden Fraktionen von CDU und FDP, tragen momentan wie eine Monstranz die Frage vor sich her: Wie viele Polizisten sind eigentlich da, und wie viele müssten da sein? – Diese Geschichte vorzubringen, wer 2003 und wer 2005 was entschieden hat, das haben wir in der letzten Zeit gar nicht getan.

(Lebhaftes Lachen von der CDU – Zuruf von der CDU: Jedes Mal!)

– Aber, Herr Kollege Sieveke, wenn das heute im Plenum zum Thema wird, wie es der Fall gewesen ist, insbesondere durch den Kollegen Lürbke, dann muss die Möglichkeit bestehen, auf Dinge hinzuweisen. Deshalb will ich Sie noch einmal auf eines hinweisen. Ich würde sofort, Kollege Sieveke, unterschreiben, dass in den Jahren 2003/2004 die damalige Landesregierung und die sie tragenden Fraktionen der Meinung waren, man solle da Personal einsparen. Ich war damals kein Abgeordneter, aber ich würde es unterschreiben. Aber der signifikante, große Unterschied – neben der Frage der Lebensarbeitszeit – ist, dass der Demografiebericht, den die damalige Regierung von SPD und Grünen beantragt hat, zu dem Zeitpunkt noch nicht bekannt war. Ihr Minister, Herr Witzel, der heute zu dieser Frage auch im Plenum gesessen hat, hat den Bericht fünf Jahre verschwiegen. In meiner Oppositionszeit haben wir im Innenausschuss, Herr Kollege Sieveke, im Jahresrhythmus nach diesem Bericht gefragt. Uns ist gesagt worden, das sei innerbürokratisches Handeln; das würde uns nicht bekanntgegeben.

(Werner Lohn [CDU]: Er hat ihn zeitnah vorgelegt!)

– Ja, zeitnah vorgelegt; da gebe ich Ihnen recht. „Zeitnah“ war ein gerne vorgebrachter Begriff.

(Lachen von der SPD)

Er hat ihn nicht offengelegt, Herr Kollege Lürbke, Ihr FDP-Innenminister! Hätte er ihn offengelegt, wären selbst Sie in Ihrer Regierungszeit zu der Auffassung gelangt: Wir warten nicht – wie Kollege Witzel es gesagt hat – bis 2008 mit einer Erhöhung der Einstellungszahlen. Auch das ist der Punkt, den wir hier versuchen deutlich zu machen: Hätte man den Demografiebericht früher im Land Nordrhein-Westfalen veröffentlicht, hätten wir vermutlich fraktionsübergreifend die Meinung gehabt: Das klappt so nicht mehr; wir müssen mehr einstellen! – Jeder hat sein Scherflein dazu beigetragen, dass es inzwischen mehr geworden ist: die abgewählte Regierung Rüttgers auf 1.100, wir nun auf 1.642. – Sie haben das Thema haben wollen; wir haben es hier bedient. Wenn wir weiterhin der Auffassung gewesen wären, dass es genau

richtig ist, dieses Geld in die Hand zu nehmen, um die innere Sicherheit zu stärken, dann wären wir schon längst bei Borussia Dortmund und könnten die unterstützen.

Vorsitzender Christian Möbius: Ob das viel hilft, wissen wir alle nicht. – Trotzdem zwei Bemerkungen:

Erstens. Der Kollege Schulz hatte sich in einer persönlichen Erklärung für seine falschen Anschuldigungen entschuldigt. Das möchte ich jetzt nur deutlich machen, damit nicht noch eine weitere Wortmeldung provoziert wird.

Zum Zweiten möchte ich noch einmal darauf hinweisen – das ist aber allgemein gesprochen –, dass es um das Nachtragshaushaltsgesetz 2015 geht.

Dirk Schatz (PIRATEN): Herr Stotko, um vielleicht noch einmal auf Sie zu kommen, was Sie gerade dem Herrn Schulz gesagt haben: Es sind weniger als 1 %. Das ist so weit korrekt. Aber Sie wissen selber genauso gut wie ich: Wir haben doch jetzt schon Probleme, gerade in den Dienstgruppen, gerade im Wach- und Wechseldienst. Wir haben Dienstgruppen, die jetzt schon teilweise unterbesetzt sind. Wir haben große Probleme. Und diese 1 % kommen noch obendrauf. Von daher ist das gar nicht so unrelevant, wie Sie das darzustellen versuchen.

Und wenn Sie dann argumentieren, wenn Leute krank werden, haben wir die gleiche Sicherheitslage, dann ist das auch falsch. Denn krank werden die ja sowieso. Da kommen diese 1 % ja auch obendrauf. Die Leute werden halt krank und fehlen sowieso. Von daher ist das nicht ganz korrekt; das ist immer etwas Zusätzliches.

Wenn wir schon eine Lage haben, in der schon zu wenig Polizeibeamte da sind und wir sowieso schon Probleme haben, dann ist das etwas Zusätzliches, sodass die Probleme verstärkt werden. Von daher ist das so nicht richtig.

Worauf ich mich gemeldet habe: Sie sagten gerade, Herr Minister, dass Sie die Verjährungsfrist hinsichtlich der Überstundenzuschläge verlängern wollen. Ich bin mir jetzt nicht ganz sicher: Besteht bei dem Mehrdienst, der jetzt im Zuge dieses Sicherheitspaketes anfällt, die Möglichkeit, sich den vonseiten der Beamten auszahlen zu lassen? Wenn ja, mit welchem Volumen rechnen Sie insgesamt, das ja auch im Haushalt anfällt? Wie soll das in der Praxis unterschieden werden? Ich vermute einmal, dass der Mehrdienst, der aufgrund dieser Sicherheitslage anfällt, nicht irgendwie extra gekennzeichnet wird. Von daher frage ich mich: Besteht vielleicht die Gefahr, dass auch anderer Mehrdienst noch extra anfällt, der auch ausgezahlt werden kann?

Vorsitzender Christian Möbius: Herr Kollege Schatz, das ist aber alles nicht ein Problem dieses Nachtragshaushaltsgesetzentwurfs 2015.

(Dirk Schatz [PIRATEN]: Folgekosten!)

– Ich bestreite nicht die Zulässigkeit der Frage. Ich sage nur: Im Nachtragshaushaltsgesetz steht etwas anderes. Das hat zwar alles Folgewirkungen – aber ich weise darauf hin, dass es auch reguläre Sitzungen des Innenausschusses gibt.

Werner Lohn (CDU): Vielleicht war es ganz gut, dass ich etwas später gekommen bin; so ganz viel scheine ich nicht verpasst zu haben. Ich schlage vor, dass wir die Vergangenheitsbewältigung, die heute Morgen von Frau Kraft angestoßen wurde, auf das Plenum verschieben und zu einem späteren Zeitpunkt erörtern. Das haben wir alle schon mehrere Male durchdiskutiert und hilft uns jetzt nicht weiter.

(Beifall von der CDU)

Trotzdem bleiben einige Fragen, was den Nachtragshaushalt angeht, natürlich offen. Wir haben im Unterausschuss „Personal“ – Kollege Schulz hat darauf hingewiesen – zu Recht sehr konkrete Fragen gestellt. Jetzt verrate ich, glaube ich, kein Geheimnis, wenn ich sage: Der Abteilungsleiter Polizei, Herr Düren, hat mich danach angerufen und gesagt, er sei aus den und den Gründen nicht in der Lage, mehr Angaben zu machen als die, die in dem Bericht zu dem Nachtragshaushalt stehen. Und dass die Angaben darin stehen, musste man ja nachdrücklich fordern.

Ich frage mich, warum es für ein Innenministerium nicht möglich ist, die Überstunden des Jahres 2014 mehr oder weniger auf Knopfdruck abzurufen. Denn es geht ja auch darum, die Belastungen zu beurteilen, die auf die mit Überstunden belasteten Beamten zukommen werden. Das Landeskriminalamt wird personell verstärkt; die Staatsschutzstellen werden verstärkt. Das ist alles richtig und muss sein, um der Bedrohungslage einigermaßen gerecht zu werden. Aber die Überstunden fallen doch demnächst in den Kreispolizeibehörden an, die Kräfte an diese Stellen abgeben müssen. Deswegen ist es wichtig zu wissen, wie die Belastung jetzt schon ist. Dass uns auf mehrfaches Nachfragen erläutert wurde, dass der Stand der Überstunden zum 1. Januar 2014 3,3 Millionen beträgt, war ja schon deutlich abweichend von dem, was man vorher angegeben hatte, dass nämlich die Zahl geleisteter Überstunden in 2013 etwa 1,68 Millionen betragen haben soll.

Diese Art der Informationspolitik erzeugt bei mir das Gefühl, dass wir nur scheibchenweise und dann bewusst auch nicht vollumfänglich informiert werden. Es ist unser Anspruch, dass wir vernünftige, zeitgerechte Informationen bekommen. Den Anspruch haben natürlich auch alle Polizistinnen und Polizisten und alle Behördenleiter vor Ort, die für die innere Sicherheit sorgen müssen. Von daher ist es schon ein bisschen enttäuschend, dass diese Daten, die wir gefordert haben, nicht da sind.

Das ändert nichts an der grundsätzlichen Einstellung, die Herr Sieveke eben schon geäußert hat: Wir sind generell dafür und begrüßen es, dass diese 385 zusätzlichen Stellen geschaffen werden. Trotzdem darf auch Kritik an einem solchen Verfahren geäußert werden. Die Frage ist, ob das wirklich in einem Nachtragshaushalt in diesem Schnellverfahren geregelt werden muss oder ob man nicht auch ein normales Verfahren hätte durchführen können.

(Monika Düker [GRÜNE]: Wie sonst?)

– Ich sage es Ihnen: Die Einstellungen passieren zum 1. September 2015. Die Leute werden erst drei Jahre später mit der Ausbildung fertig. Die letzten der zusätzlichen Kräfte werden im Jahre 2020 mit der Ausbildung fertig sein. Das hat null Einfluss auf die jetzige Bedrohungslage, weder positiv noch negativ.

(Zuruf von Monika Düker [GRÜNE])

– Frau Düker, wenn man sich in der Situation ein bisschen auskennt, dann weiß man, dass die Personalmaßnahmen passieren müssen. Man muss bestimmte Schwerpunkte setzen. Aber das wäre alles ohne Nachtragshaushalt möglich gewesen. Ich kann doch Beamte von der Behörde XY zum LKA versetzen, ohne Neueinstellungen im Blitzverfahren beschließen zu müssen. Das hätten Sie doch ganz normal durchziehen können.

Trotzdem ist es so, dass wir sagen: Weil wir generell keinen Dissens haben, was die 385 Stellen angeht, sind wir auch mit diesem Schnellverfahren einverstanden. Es ist natürlich ein schönes Argument für den Minister, gegenüber den Grünen zu sagen: Wir sind in einer zeitlichen Notlage. Angesichts der Attentate von Paris, die ja ganz schrecklich waren, kommen selbst die Grünen nicht mehr auf den Gedanken, mit ihren Megabehörden 2.000 Stellen zu sparen. Da sind sie ja über den Stock gesprungen, der ihnen hingehalten worden ist. Das begrüßen wir auch alles. Aber das müssen Sie intern in der Regierungskoalition klären. Die Notwendigkeit zu einem Nachtragshaushalt mit Eilbedürftigkeit liegt eigentlich nicht vor. Trotzdem begrüßen wir die Stellenvermehrung.

(Stefan Zimkeit [SPD]: Deswegen haben Sie dem Verfahren zugestimmt!?)

Verena Schäffer (GRÜNE): Es hat mich jetzt doch noch gereizt, mich zu Wort zu melden, weil Sie die Frage stellen: Warum Nachtragshaushalt? Warum nicht im regulären Haushaltsverfahren? – Ich glaube, die Frage ist eigentlich relativ einfach zu beantworten. Zum einen geht es um die 25 Stellen beim Verfassungsschutz. Da können wir nicht bis zum nächsten Haushalt 2016 warten. Die Stellen fallen jetzt an, sie werden jetzt gebraucht. Das heißt, man braucht jetzt einen Nachtragshaushalt, um die Personen einstellen zu können. Und bei der Polizei ist es so – das wissen Sie alle –: Wenn die am 1. September eingestellt werden, braucht man eine entsprechende Bewerbungsfrist, damit die Leute sich auch bewerben können. Wenn wir das jetzt nicht machen, werden die zum 1. September 2015 nicht als Kommissaranwärterinnen und -anwärter eingestellt werden können.

(Dirk Schatz [PIRATEN]: Aber das Verfahren ist für 2015 doch abgeschlossen, oder?)

– Nein, die werden in diesem Jahr noch eingestellt.

(Dirk Schatz [PIRATEN]: Die Bewerbungsfrist ist abgelaufen!)

2015 kommen die ersten 120. Vielleicht kann der Innenminister das noch einmal ausführen. So, wie ich die Diskussion bisher verstanden habe, werden die in diesem Jahr noch kommen, die nächsten 120 im Jahre 2016, und im Jahre 2017 die letzten 120. Deshalb ist es notwendig, diesen Nachtragshaushalt jetzt zu beschließen.

Noch ein Satz zum Thema Sicherheitslage. Warum jetzt und nicht schon vor einem halben Jahr? – Dazu stelle ich einmal die Frage: Warum macht denn die Bundesregierung momentan Verschärfungen im Bereich der Sicherheitsgesetze? Warum macht die Bundesregierung die Regelung mit den Personalausweisersatzpapieren jetzt und nicht vor einem halben Jahr? Sie macht sie jetzt, weil es eine veränderte Sicherheitslage gibt. Das können Sie doch nicht abstreiten. Im Januar, als wir die Innenausschusssitzung hatten, direkt nach dem Anschlag, haben alle aus den Oppositionsfraktionen gesagt, dass sie es mittragen, dass sie es richtig finden, dass sie auch sehen, dass es eine veränderte Lage gibt. Wir haben auch in der öffentlichen PKG-Sitzung ausführlich diskutiert. Darüber gibt es ein Protokoll. Da waren auch einige von Ihnen dabei. Ich verstehe, ehrlich gesagt, nicht, warum Sie das jetzt infrage stellen. Sie machen hier einen Popanz auf über einen Inhalt, den wir im Innenausschuss schon sehr ausführlich diskutiert haben.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Daniel Sieveke (CDU): Ob das hier ein Popanz ist, haben auch Sie nicht zu entscheiden. Wir haben hier eine Haushalts- und Finanzausschusssitzung und eine Innenausschusssitzung. Deswegen können hier Fragen aus den unterschiedlichen Ausschüssen gestellt werden. Zumindest eine große Zahl der Mitglieder des Haushalts- und Finanzausschusses ist inhaltlich über dieses Thema nicht informiert, weil wir darüber nur im Innenausschuss gesprochen haben. Das ist das Erste.

Das Zweite ist das, weswegen ich mich zu Wort gemeldet habe: Der Kollege Zimkeit, der es nicht nötig hat, sich hier inhaltlich zu äußern, entgegnet hier permanent mit unqualifizierten Zwischenrufen. Nehmen Sie bitte zur Kenntnis: Dies ist nicht nur eine Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses, sondern auch des Innenausschusses. Wir dürfen uns hier sehr wohl über die Thematik unterhalten, und sei es auch über die Frage der Sicherheitslage.

Frau Schäffer, wir haben hier eine neue Sicherheitslage. Darüber haben wir gesprochen. Das Konzept mit den Umswitchungen ist uns vorgestellt worden. Aber die Einstellungssituation, dass wir mehr Polizeianwärterinnen und -anwärter brauchen, war im Dezember letzten Jahres, im November letzten Jahres und im August letzten Jahres genauso bekannt. Da hätte man auch schon mehr Einstellungen beschließen können. Das, was im Januar vorgestellt worden ist, ist das Umswitchen, um auf die Sicherheitslage zu reagieren. Aber dafür brauchen wir jetzt nicht die Anwärterstellen in diesem Jahr einzurichten. Das hätte man entweder im letzten Haushalt regulär beschließen oder im neuen Haushalt mit veranschlagen können. Deswegen frage ich noch einmal: Wie hoch ist denn im Bereich des Innenministeriums die im verab-

schiedeten Haushalt veranschlagte globale Minderausgabe, die man im Innenbereich einsparen wollte?

Dirk Schatz (PIRATEN): Frau Schäffer, die Bewerbungsfrist für 2015 ist abgelaufen. Das heißt, es kann sich niemand mehr bewerben.

(Verena Schäffer [GRÜNE]: Doch!)

Das Verfahren läuft zwar noch, aber es kann sich niemand mehr für 2015 bewerben. Von daher ist das Argument …

(Zuruf von den GRÜNEN)

Vorsitzender Christian Möbius: Der Herr Innenminister wird nachher noch dazu Stellung nehmen.

Dirk Schatz (PIRATEN): Ich habe gestern noch auf die Seite geguckt. Im Online-Portal steht: Die Frist ist abgelaufen. Fakt ist jedenfalls: Die Einstellungsbescheide werden ja nicht heute, sondern erst kurz vorher verschickt. Das heißt, bis dahin hätten wir zumindest noch Zeit, das Verfahren einigermaßen vernünftig über die Bühne zu kriegen. Wir hätten noch im April und wahrscheinlich auch noch im Mai Zeit. Das würde reichen, um die Stellen im September besetzt zu bekommen.

Dietmar Schulz (PIRATEN): Ich möchte noch einen weiteren Aspekt in die Debatte werfen, weil ja auch die zeitlichen Faktoren hier eine große Rolle spielen. Der Nachtragshaushalt ist eine Reaktion auf die veränderte Sicherheitslage insoweit, als hier 25 Kräfte für den Verfassungsschutz als Verstärkung eingestellt werden, die es aber noch nicht gibt. Nun muss ich sagen: Wenn das flankierende Maßnahmen für die bereits erfolgten Personalverschiebungen sind, dieses zusätzliche Personal aber überhaupt erst noch generiert sprich gewonnen werden muss, haben wir, Herr Minister, aktuell eine vor diesem Hintergrund erhöhte Risikolage, die offenbar vonseiten der Landesregierung nicht als kompensiert angesehen werden kann, wenn erst in mehreren Wochen oder Monaten 25 zusätzliche Kräfte eingestellt werden können. Das passt nicht. Es passt einfach nicht zu sagen, wir machen Personalverschiebungen, und parallel dazu bedarf es dieser 25 Kräfte, die aber überhaupt noch nicht da sind.

Wo, bitte schön, Herr Minister, ist da die ausreichende Wahrnehmung der Sicherheitsanforderungen vor dem Hintergrund des Nachtragshaushalts, mit dem ja überhaupt erst einmal das Geld zur Verfügung gestellt werden soll? Das ist so weit, so gut. Aber Sie und die regierungstragenden Fraktionen argumentieren permanent mit dem Sicherheitsrisiko, welches Sie als Innenminister eindämmen wollen bzw. dessen Sie Herr werden wollen. Ich bitte, dazu neben den beiden anderen Aspekten, die ich vorhin erfragt hatte, auch einmal Ihre Stellungnahme abzugeben, wie das überhaupt miteinander passt.

Vorsitzender Christian Möbius: Bevor das erfolgt, Herr Kollege Zimkeit, bitte.

Stefan Zimkeit (SPD): Ich glaube, es ist besser, wenn der Innenminister jetzt antwortet.

Vorsitzender Christian Möbius: Gut, der Kollege Zimkeit verzichtet. – Dann darf ich die Landesregierung um Beantwortung der gestellten Fragen bitten.

Minister Ralf Jäger (MIK): Die Uhrzeit, der Tagesablauf und das Rahmenprogramm des heutigen Tages stimmen, glaube ich, alle milde, auch mich. Deshalb will ich es so kurz wie möglich machen. Ich bin den Fraktionen außerordentlich dankbar, dass ein solches verkürztes Verfahren stattfindet, weil es auch wirklich erforderlich ist. Ich will das im Einzelnen gleich gerne noch erläutern. Ich bin dafür außerordentlich dankbar, weil wir auf eine Lage reagieren müssen. Das tut übrigens nicht nur Nordrhein-Westfalen, das tun fast alle Bundesländer, aber auch der Bund. Jeder zieht auf seiner Weise entsprechende Schlüsse. Das ist individuell zu betrachten, weil die Personalausstattung in den Ländern und bei den Bundesbehörden unterschiedlich ist. Aber es gibt kein Bundesland, das aufgrund der veränderten Sicherheitslage keine Konsequenzen zieht, auch haushaltswirksame Konsequenzen.

Herr Sieveke, ich habe vorhin nur die Fragen von Herrn Lürbke beantworten wollen: Warum stellen wir nicht mehr ein? Das reicht doch nicht; wie ist es mit der Demografie? – Einigen wir uns doch darauf: Es gab aus dem Jahre 2006 einen Demografiebericht, den ich 2010 veröffentlicht habe. Es obliegt den Fraktionen zu beurteilen, ob daraus zu jeder Zeit die richtigen Schlüsse gezogen wurden.

Was die Technik angeht: Wir brauchen den Nachtragshaushalt zwingend, um einerseits die 120 zusätzlichen Einstellungsermächtigungen erteilen zu können und andererseits die 25 Planstellen beim Verfassungsschutz einzurichten und zu besetzen.

Wie ist das Verfahren bei der Polizei? – Herr Schatz, Sie haben recht: Die Bewerbungsfrist ist abgelaufen. Wir hatten in diesem Jahr, wenn ich die Zahl richtig im Kopf habe, 8.600 Bewerberinnen und Bewerber. Davon haben die formalen Voraussetzungen für den Polizeidienst rund 5.200 erfüllt. Die sind in das Ihnen bekannte Assessment-Center gegangen. Und nicht alle, die das erfolgreich durchlaufen haben, konnten eingestellt werden. Das heißt, die Erhöhung der Einstellungsermächtigungen macht es uns möglich, geeignete Bewerberinnen und Bewerber aus dem bereits abgeschlossenen Verfahren, die auf Wartelisten sind, jetzt zusätzlich zu berücksichtigen. Das macht kein neues Verfahren erforderlich, aber wir haben einen Fundus aus dem alten Verfahren.

(Dirk Schatz [PIRATEN]: Klar, aber das ginge auch später!)

– Ich hoffe, dass die Notwendigkeit des Nachtragshaushalts wie auch das Verfahren bei den Bewerbern jetzt klar geworden sind.

Herr Schulz, was die von Ihnen eingeforderten Berichte angeht, bitte ich zu berücksichtigen: Wir sind in einem dynamischen Verfahren. Täglich erfolgen Stellenausschreibungen. Auf diese Stellenausschreibungen bewerben sich mehrere Bewerber. Wir wissen zurzeit noch nicht, wer sich in diesen Bewerbungsverfahren durchsetzt und nicht durchsetzt. Das heißt: Aus welcher Behörde kommen diese Personen? Welche Aufgaben haben sie in der Vergangenheit wahrgenommen? Ist das innerhalb der Behörde zu kompensieren? Ist das durch Nachersatz nach dem 30. August abzudecken, wenn noch einmal 1.500 Kommissaranwärter mit abgeschlossener Ausbildung in die Behörden gehen? Oder ist das möglicherweise durch Mehrarbeit abzudecken? Das müssen wir bei den 47 Kreispolizeibehörden sehr individuell betrachten. Deshalb können wir Ihnen einen solchen Bericht zum heutigen Zeitpunkt noch nicht geben, weil die Verfahren noch laufen.

Wir werden Ihnen, Herr Lohn, im Mai den Stand der Überstunden geben können. Natürlich scheint das auf den ersten Blick eine lange Zeit zu sein, die man braucht, um solch eine Statistik zu veröffentlichen. Wir können uns gerne einmal darüber unterhalten, welchen Kriterien und Kautelen das Ganze unterliegt und wo es auch schwierig wird. Das geht leider nicht auf Knopfdruck. Das würde ich mir auch wünschen, Herr Lohn. Es ist schon ein umfangreicher Verwaltungsprozess, der dahintersteckt. Aber der Bericht wird vorgelegt.

Noch einmal zu der Frage der Sicherheit, die auch Herr Herrmann aufgeworfen hat. Natürlich können wir nicht endlos die Sicherheitsbehörden personell aufrüsten. Aber es wäre sträflich, bei der veränderten Risikolage nichts zu tun. Eine hundertprozentige Sicherheit wird es jetzt auch nicht geben. Ein solches Anschlagsmuster – Sie haben wahrscheinlich mitbekommen, dass es einen Anschlag mit einem ähnlichen Ablauf heute in Tunis gab mit 21 Toten und auch beteiligten Deutschen – ist bei uns möglich, und es wäre sträflich, wenn wir nicht die Erkenntnisse, die wir haben, auswerten und entsprechende Konsequenzen ziehen, was Observation und Ähnliches angeht. Aber, wie gesagt, eine hundertprozentige Sicherheit kann es nicht geben.

Jetzt bitte ich Herrn Messal oder Frau Steinhauer, zu ergänzen, was die haushaltstechnischen Fragen angeht.

StS Dr. Rüdiger Messal (FM): Herr Witzel, Sie hatten zwei Fragen gestellt. Was die Einnahmenerhöhungen angeht, kann ich Ihnen sagen, dass die Einnahmen aus Bußgeldern im abgelaufenen Jahr 2014 um 7 Millionen € über dem Soll lagen. Das hat uns dazu gebracht, zu sagen, dass man hier einen kleinen Betrag über dem Ansatz für 2015 hinaus veranschlagen kann, und zwar in Höhe von 1,5 Millionen €.

Die Mehrarbeitsvergütung wird nicht gesondert veranschlagt, weder im Haushalt noch im Nachtragshaushalt. Sie ist ganz normal aus dem Personalbudget zu bezahlen, zu erwirtschaften. Genauso ist es jetzt auch. Das ist im Personalbudget enthalten; dort gibt es keine Aufstockung.

Dann gab es eine Frage nach der globalen Minderausgabe. 4,4 Millionen € betragen die Mehrausgaben, die im Jahr 2015 anfallen. Die werden zum einen durch 1,5 Millionen € zusätzliche Einnahmen bei den Bußgeldern und zum anderen durch eine Erhöhung bei der globalen Minderausgabe von 2,9 Millionen € gedeckt.

MR Ursula Steinhauer (MIK): Sie fragten weiter nach den Mieten und nach der Verpflichtungsermächtigung beim Titel 518 04. Diese Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 16,02 Millionen € sieht groß aus, ist aber gerechnet über 15 Jahre bis zum Jahr 2030. Dahinter steckt eine Anmietung insbesondere für das LKA. Wenn über 100 zusätzliche Mitarbeiter dort hingehen, müssen die auch irgendwo untergebracht werden. Möglicherweise gibt es auch die Notwendigkeit, zusätzliches Equipment für die Räumlichkeiten zu beschaffen. Auch dafür sind zum Teil größere Verpflichtungsermächtigungen vorgesehen, die Sie benannt haben. – Es geht also um zusätzliche Anmietung, gerechnet auf 15 Jahre.

Dietmar Schulz (PIRATEN): Keine weitere Frage. Aber ich hätte doch gerne noch vom Herrn Minister die gestellte Frage bezüglich der Kräfte beim Verfassungsschutz beantwortet. Ich hatte gebeten zu erläutern, wie das alles zusammenhängt.

Minister Ralf Jäger (MIK): Es ist niemand aus der Verfassungsschutzabteilung des Hauses da. Deshalb versuche ich das aus dem Gedächtnis zu referieren; ich weiß nicht, ob das hundertprozentig präzise ist. Wir sind bereits in einem Besetzungsverfahren. – Ich will das jetzt so formulieren, dass es auch hier und nicht nur im PKG erklärt werden kann.

(Hans-Willi Körfges [SPD]: Das ist das Problem!)

– Genau. – Herr Schulz, dies haben wir auch schon in öffentlicher Sitzung erklärt: Es sind Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die nicht zwingend aus Laufbahnen des Polizeivollzugs kommen müssen, sondern sie sind auch mit Qualifizierungen und Ausbildungen, die auf dem freien Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen, abzudecken.

(Dietmar Schulz [PIRATEN]: Aber sie sind noch nicht da, sondern sie kommen irgendwann!?)

– Die Quote der Stellenbesetzung könnten wir den Fraktionen nur im PKG erläutern.

Vorsitzender Christian Möbius: Ich hatte vorhin schon darauf hingewiesen, dass das etwas heikel ist. – Der Vorsitzende des PKG, Herr Kollege Körfges, hat sich zu Wort gemeldet.

Hans-Willi Körfges (SPD): Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich will ausdrücklich darauf hinweisen, dass morgen früh das Parlamentarische Kontrollgremium tagt. Dort wird sicherlich auch eine Rolle spielen, wie man mit diesen Dingen umgeht. Das ist eine nichtöffentliche Sitzung; ich will das hier trotzdem sagen. – Und ich will noch ein

Weiteres sagen. Ich will sehr deutlich darauf hinweisen, dass es sich da um Professionen handelt, die ihre berufliche Ausbildung bereits hinter sich haben und die wir auf dem Arbeitsmarkt werden suchen müssen.

Vorsitzender Christian Möbius: Vielen Dank, Herr Kollege Körfges. Es gibt ja auch noch die Möglichkeit, in dem Gremium, dem Sie ja vorstehen, dem PKG, Nachfragen zu stellen, aber natürlich nur von den Mitgliedern, die dem PKG-Geheimhaltungsbeschluss unterliegen. Da gibt es auch einen Vertreter der Piraten, der heute hier anwesend ist, der aber auch nicht darüber reden darf.

Dr. Joachim Stamp (FDP): Ich möchte nur ganz kurz nachfragen, warum so ein Tanz gemacht wird um Stellen, die ausgeschrieben werden. Wo ist denn da die Geheimhaltung des PKG?

(Lachen von den PIRATEN)

Vorsitzender Christian Möbius: Ich denke, diese Bemerkung lassen wir jetzt einmal im Raume stehen. Es war ja auch eher eine rhetorische Frage.

Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen seitens der Kolleginnen und Kollegen. Somit können wir zur **Abstimmung** kommen. Ich darf jetzt um Ruhe und Konzentration bitten.

Wir kommen zuerst zum Votum des **Innenausschusses.** Wer dem Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 16/7990 seine Zustimmung geben kann, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen. Wer ist dagegen? – Die Piraten. Enthaltungen? – CDU und FDP enthalten sich. Damit ist das Votum des Innenausschusses **zustimmend.**

Wir kommen zweitens zum Votum des **Unterausschusses „Personal“.** Wer dem Gesetzentwurf der Landesregierung seine Zustimmung geben kann, den bitte ich um das Handzeichen. – SPD und Bündnis 90/Die Grünen. Gegenstimmen? – Die Piraten. Enthaltungen? – CDU und FDP. Damit ist auch dieses Votum **zustimmend.**

Wir kommen jetzt zum **Haushalts- und Finanzausschuss.** Ausweislich der Drucksache 16/7990 ist der Haushalt 2015 unter Berücksichtigung des Nachtrags durch Erhöhung der globalen Minderausgabe in den Einnahmen und Ausgaben ausgeglichen. Wir haben daher keine weiteren Beschlüsse zum Haushaltsausgleich zu fassen. Wir müssen aber noch einen Bereinigungsbeschluss fassen:

> „Der Finanzminister wird ermächtigt, bei der Aufbereitung der Beschlüsse zum Nachtragshaushalt 2015 offenbare Unstimmigkeiten im Zahlenwerk zu bereinigen und zum Ausgleich des Haushalts gegebenenfalls den Ansatz bei Kapitel 20 020 Titel 371 10 – Globale Mehreinnahmen zum Ausgleich der Schlusssummen des Haushaltsplans – zu verändern.“

Hierüber stimmt der Haushalts- und Finanzausschuss ab. Wer diesem Bereinigungsbeschluss seine Zustimmung geben kann, den bitte ich um das Handzeichen. Das sind normalerweise alle Fraktionen. – Ja, SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen, FDP und Piraten stimmen dem **Bereinigungsbeschluss** zu.

Jetzt kommen wir zur **Schlussabstimmung** im Haushalts- und Finanzausschuss über das Nachtragshaushaltsgesetz 2015 Drucksache 16/7990. Wer stimmt zu? – SPD und Bündnis 90/Die Grünen. Gegenstimmen? – Die Piraten. Enthaltungen? – CDU und FDP. Damit ist der **Nachtragshaushalt 2015 angenommen**, und die Beratungen sind abgeschlossen.

Ich werde unsere Beschlussempfehlung an das Plenum zur zweiten und dritten Lesung in der Plenarsitzung am 20. März 2015 abgeben. Das Parlamentarische Kontrollgremium wird bis zu der zweiten und dritten Lesung am Freitag seine Einwilligung in den zu verändernden Wirtschaftsplan des Verfassungsschutzes als Unterrichtung in einer Drucksache unmittelbar an das Plenum vorlegen.

Vonseiten der Piratenfraktion ist ein Wortprotokoll über diese Sitzung beantragt worden. Das wird entsprechend erfolgen.

Ich schließe die Sitzung. Vielen Dank.

gez. Christian Möbius
Vorsitzender

31.03.2015/02.04.2015

200